

**Die flexiblen
Mechanismen**

Emissionshandel: Idee ist es, Emissionen dort einzusparen, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Artikel 17 des Kioto-Vertrages betont, dass der Emissionshandel ein zusätzliches Element neben direkten Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen darstellt – womit vermieden werden soll, dass sich Staaten mit dem Erwerb von Emissionsrechten freikaufen, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Joint Implementation: CO₂-reduzierende Initiative eines Industrielandes in einem anderen Industrieland. Voraussetzung ist, dass beide Länder einer Reduzierungsverpflichtung unterliegen. Die durch die Investition erreichte Einsparung wird allein dem investierenden Land zugeschrieben, was es Ländern mit relativ hohen Reduzierungskosten ermöglicht, ihren Verpflichtungen durch Investitionen in Ländern mit leichter erzielbaren Einsparungen nachzukommen.

Clean Development Mechanism: Maßnahmen eines Industriestaates, CO₂-Reduzierungen in einem Entwicklungsland durchzuführen und sich die dort eingesparten Emissionen auf das eigene Emissionsbudget anrechnen zu lassen. Der Unterschied zu einer Joint Implementation besteht darin, dass das Industrieland seine Einsparungen teilweise in einem Entwicklungsland ohne eine solche Verpflichtung erfüllen kann. Da jedoch Entwicklungsländer keiner Verpflichtung unterliegen, muss bei jedem Projekt die zusätzliche Emissionsvermeidung gewährleistet sein.

Lastenteilung: Gruppen von Vertragsstaaten können CO₂-Ziele gemeinsam anstreben. So hat sich die Europäische Union in Kioto verpflichtet, die Emissionen gegenüber 1990 um acht Prozent zu senken; zwischen den Staaten gelten jedoch sehr unterschiedliche Vorgaben, von -26 Prozent für Luxemburg, Deutschland und Dänemark bis hin zu einem Plus von 27 Prozent für Portugal.

Ziel erreicht und doch

Vor zehn Jahren trat das Kioto-Protokoll zum Klimaschutz in Kraft

Der nächste Klimavertrag baut auf dem Kioto-Protokoll auf – und wird doch ganz anders

Eine Geburtstagsparty für das ungeliebte Kind wird es nicht geben: Wenn das Kioto-Protokoll zum Klimaschutz heute seinen zehnten Jahrestag feiert, wenden sich seine Mütter und Väter eher peinlich berührt ab. Das UN-Klimasekretariat plant eine Erklärung und ein paar Infografiken, Greenpeace erinnert per Pressemitteilung.

VON BERNHARD POETTER

Für die 195 UN-Staaten, die in der vergangenen Woche in Genf zu einer weiteren Klimakonferenz zusammenkamen, ist das Protokoll im besten Fall ein Steinbruch für Ideen und Regeln – aber viel öfter erklären sie hinter vorgehaltener Hand das Abkommen für tot – ein „Zombie-Vertrag“, eine „Leiche, die sich noch bewegt.“

Neun Prozent weniger Klimagifte

Dabei hatte das Kioto-Protokoll eine schwere Kindheit: Es hat seine Ziele erreicht und gilt doch als gescheitert. Zum ersten Mal in der Geschichte verpflichteten sich 1997 im japanischen Kioto die Industriestaaten völkerrechtlich verbindlich, den Ausstoß ihrer klimaschädlichen Treibhausgase einzuschränken. Gleichzeitig versprachen die reichen

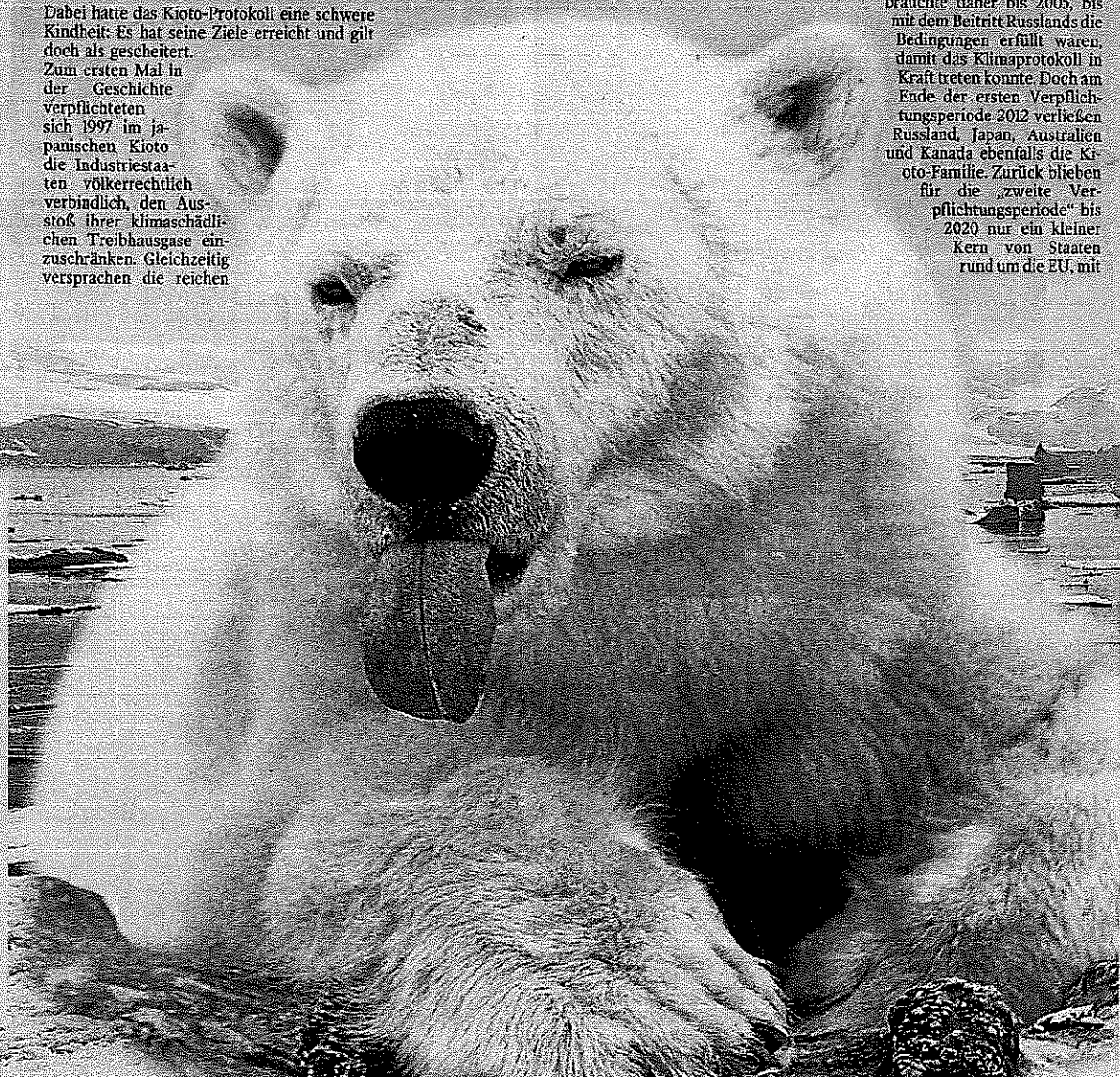
Nationen den armen Staaten Hilfen für grüne Technologien und zur Anpassung an den Klimawandel. Während sich die armen Länder bis heute darüber beklagen, die Hilfen seien nie im versprochenen Umfang geflossen, wurde das Emissionsziel durchaus erreicht: Heute stoßen die Industrieländer, die sich in Kioto zu fünf Prozent weniger Emissionen bis 2012 verpflichteten, etwa neun Prozent weniger Klimagifte wie Kohlendioxid oder Methan aus.

Ein schöner Erfolg. Gründe dafür waren aber eher der Zusammenbruch der Volkswirtschaften im ehemaligen Ostblock und die Verlagerung der Produktion in Schwellenländer als eine ehrgeizige Klimapolitik. Und ein Erfolg, der dem Klima nicht viel genützt hat. Denn durch einen folgenschweren Geburtsfehler verpflichtet das Kioto-Protokoll gerade jene Länder nicht, wo derzeit und in der Zukunft die meisten Emissionen entstehen – also etwa China, Indien, Brasilien oder Indonesien. Deshalb sind die weltweiten Emissionen seit 1990 nach UN-Angaben um mehr als 45 Prozent gestiegen.

„Das Kioto-Protokoll ist unfair zu den USA, weil es China nicht bindet“, war im Jahr 2001 die Erklärung von US-Präsident George W. Bush, die dem Klima-Abkommen seinen wichtigsten Elternteil entzog. Der US-Kongress hat den Vertrag nie ratifiziert – und damit auch für die Zukunft klargemacht, dass ein internationaler Klimavertrag im Parlament keine Chance hat. Es brauchte daher bis 2005, bis mit dem Beitritt Russlands die Bedingungen erfüllt waren, damit das Klimaprotokoll in Kraft treten konnte. Doch am Ende der ersten Verpflichtungsperiode 2012 verließen Russland, Japan, Australien und Kanada ebenfalls die Kioto-Familie. Zurück blieben für die „zweite Verpflichtungsperiode“ bis 2020 nur ein kleiner Kern von Staaten rund um die EU, mit

**Grünes Licht
dank Moskau**

Immer wieder Putin. Sorgt der russische Präsident dieser Tage mit der Ukraine-Krise für negative Schlagzeilen, so bescherte der Kreml-Chef vor genau zehn Jahren eine positive Nachricht: 90 Tage nach der Ratifizierung durch Moskau konnte das Klimaabkommen von Kioto in Kraft treten. Am 5. November 2004 hatte die russische Duma grünes Licht erteilt, woraufhin die zwei Bedingungen zum Inkrafttreten des Protokolls erfüllt waren: Mindestens 55 Staaten mussten Kioto ratifizieren, die zusammen für mindestens 55 Prozent der CO₂-Emission verantwortlich sind. (mas)



gescheitert

der Schweiz und Norwegen, die inzwischen nur noch etwa elf Prozent der weltweiten Emissionen ausmachen. „Es wäre unmöglich, den Klimawandel zu begrenzen, wenn nicht die anderen 89 Prozent auch dabei sind“, sagte einst EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard.

Von der Wirklichkeit überrollt

Das Kioto-Protokoll ist von der wirtschaftlichen Globalisierung und dem Aufstieg der Schwellenländer zu entscheidenden Akteuren der Weltwirtschaft überrollt worden. Es ignoriert die entscheidende Bedeutung der Schwellenländer für das Klima. Es hat aber noch einen anderen Geburtsfehler, der 2009 beim gescheiterten Klimapfahl in Kopenhagen deutlich wurde.

Das Kioto-Protokoll ist ein klassischer völkerrechtlicher Vertrag, der vom wissenschaftlich definierten Ziel ausging, den Klimawandel nicht über zwei Grad Celsius hinaus eskalieren zu lassen. „Mit dem Klima lässt sich nicht verhandeln“, war die Maxime von Kopenhagen, wo vor allem die EU versuchte, die Anstrengungen hin zu diesem Ziel auf die Länder zu verteilen.

Weil das krachend gescheitert ist, wird das „Paris-Protokoll“, das im Dezember 2015 beschlossen werden soll, ganz anders aufgebaut sein: Nun sammeln die Vereinten Nationen von ihren Mitgliedsstaaten die Angebote zum Klimaschutz (die sogenannten „Intended Nationally Determined Contributions“, INDCs) ein, um sie zusammenzuführen. Diese Anstrengungen reichen bei weitem nicht aus, um

die Zwei-Grad-Grenze zu halten, sondern bringen die Welt eher auf einen Kurs zu drei Grad, hat Christiana Figueres, die Chefin des UN-Klimasekretariats, gerade wieder klargestellt. Bisher liegen die weltweiten Emissionen jährlich um zehn Milliarden Tonnen CO₂ zu hoch – zehnmals der Ausstoß Deutschlands. Da senkt denn auch der neue EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete die Erwartungen für ein Abkommen in Paris: „Zwei Grad Celsius sind das Ziel, aber wenn wir einen Prozess haben, kann man nicht von einem Misserfolg sprechen, wenn die Angebote der Länder die zwei Grad bisher nicht erreichen.“

Erstmals weltweit klare Regeln

Aber das ungeliebte Kind Kioto-Protokoll hat auch seine Vorzüge, bestätigen erfahrene Klimadiplomaten: Es hat zum ersten Mal klare weltweite Regeln aufgestellt, wie Emissionen zu messen und zu vergleichen sind. Es hat Transparenz ermöglicht, wie etwa die Speicherung von Kohlendioxid in Wäldern angerechnet werden soll. Und es hat mit dem Clean Development Mechanism (CDM) einen weltweiten Markt für Kohlenstoff geschaffen, der zwar oft als ineffizient bezeichnet wird, der aber zum ersten Mal einen Preis für die Knappheit des 21. Jahrhunderts definiert – den Platz in der Atmosphäre.

Auch wenn die Klimadiplomaten also dem Kioto-Protokoll zum Geburtstag kein Ständchen singen – im „Paris-Protokoll“ wird das Abkommen von Kioto an allen Ecken und Enden sichtbar werden.

Schwierige Hausaufgabe

Chamber bereitet Debatte zur Klimapolitik vor



Luxemburg sollte den EU-Voritz im zweiten Halbjahr als Chance sehen und seine Klimahaushaltsaufgaben erfüllen. So lautet die Empfehlung von Eva Filzmoser von „Carbon Market Watch“. In Anbetracht der eher bescheidenen Bilanz des Großherzogtums sei dies eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Aufschluss darüber, wohin Luxemburgs Klima- und Energiepolitik gehen wird, soll zum einen die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Studie zum Tanktourismus geben. Die Zapfsäulen spülen jährlich Einnahmen in Milliardenhöhe in die Staatskassen; sie belasten aber auch Luxemburgs CO₂-Bilanz in erheblichem Maße.

Zum anderen hat das Parlament einen Unterausschuss unter Leitung von Henri Kox eingesetzt, um eine Orientierungsdebatte zur lu-

xemburgischen Klima- und Energiepolitik vorzubereiten. Wichtig ist dem Abgeordneten von Der Gréng neben dem politischen Ansatz der Klimapolitik auch der pädagogische Aspekt: „Wir müssen die Bürger mit ins Boot bekommen“, meinte Kox Ende letzten Jahres im „Wort“-Gespräch. Zu den Instrumenten, die angewandt werden sollen, gehört der Klimapakt zwischen Staat und Gemeinden, den der frühere Umweltminister Marco Schank (CSV) lanciert hat.

Ein Steckenpferd der luxemburgischen Energiepolitik bleibt die Ablehnung der Atomkraft und von Carbonom. Gegenüber den französischen Parlamentariern und Senatsmitgliedern bekräftigte eine Delegation der Chamber vergangene Woche diesen Standpunkt. (mas)

Heiße Luft und Schlupflöcher

„Carbon Market Watch“ nimmt den Emissionshandel unter die Lupe

Eva Filzmoser ist formell: „Es darf keine Schlupflöcher geben.“ Aus ihrer beruflichen Erfahrung weiß die 34-Jährige, dass dem nicht so ist; als Leiterin von „Carbon Market Watch“ nimmt sie den Handel mit Emissionsrechten unter die Lupe, kennt die Stärken und die Schwachpunkte dieses Kioto-Mechanismus, der via Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) organisiert wird.

Beispiel „heiße Luft“. Wirtschaftlich ist der Handel mit Zertifikaten stillgelegter Industrien ein lukratives Geschäft – auch wenn die Unternehmensebene ab und an klagt, dass derjenige, der produziert, bestraft werde und derjenige, der nichts tut, belohnt werde. Denn Klima-Index bringt dieser Markt, der insbesondere in Osteuropa Hochkonjunktur hat – Eva Filzmoser rechnet vor, dass 90 Prozent der JI-Projekte in Russland und der Ukraine abgewickelt werden – nichts.

Als positive Begleiterscheinung des Emissionshandels nennt die Österreicherin die Bewusstseinsbil-



Eva Filzmoser (PHOTO: GUY MALLAV)

Für den Handel selbst stellt die Nicht-Wahrung der Zusätzlichkeit, die im Kioto-Abkommen verankert ist, das gewichtigste Defizit dar. „Es dürften lediglich die Projekte berücksichtigt werden, ohne die keine Emissionen eingespart würden“, erklärt Eva Filzmoser. In

Wirklichkeit sei dies nur bei weniger als der Hälfte der CDM-Vorhaben der Fall.

Doch damit nicht genug: Auch der wirtschaftliche Impact des Emissionshandels bleibt überschaubar. Dass dem so ist, erklärt Filzmoser mit der „großzügigen Verteilung“ der CO₂-Zertifikate. Mit der Folge, dass der Wert einer Tonne Kohlendioxid sich im EU-internen Handel auf gerade einmal fünf Euro beläuft. Dass sich die Unternehmen dennoch mit Händen und Füßen gegen den Emissionshandel bzw. seine Neuregelung wehren, ist für die Klimakämpferin nicht nachvollziehbar. Eine Delokalisierung ganzer Industriezweige aus Europa sei jedenfalls nicht zu erwarten, „da es weltweit mittlerweile 20 regionale Handelssysteme gibt“.

Ob es auch an der Bezeichnung liegt, dass der Handel mit Emissionsrechten nicht wie erwünscht funktioniert? Nach Dafürhalten von Eva Filzmoser sollte viel stärker auf den eigentlichen Gedanken des Kioto-Abkommens gepocht werden: „Die Staaten stehen in der Pflicht, ihren CO₂-Ausstoß zu senken.“ Wenn man ihnen und ihren Unternehmen jedoch mit Zertifikaten das Recht einräume, Kohlendioxid auszustößen, gestalte sich dieses Unterfangen als schwierig, stellt Filzmoser fest und schlussfolgert: „Emissionsrechte sind nicht die Lösung für den Klimawandel.“

Auf Einladung von Attac, Ethica und Voltum Klima gab Eva Filzmoser vor Wochenfrist die Konferenz „Der Emissionshandel nach Lima und vor Paris“.